

- Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ Jülich
- Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
- AKW-NEE-Gruppe Aachen
- Anti-Atom Plenum Köln
- AntiAtomBonn
- Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
- Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
- Bündnis Atomkraftgegner*innen im Emsland (AgiEL)
- Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“
- Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzt*innen in sozialer Verantwortung - Regionalgruppe Mecklenburg-Vorpommern
- Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen (LNU)
- Natur- und Umweltschutzverein Gronau (NUG)
- Naturschutzbund Deutschland (NABU) Landesverband Nordrhein-Westfalen
- SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster
- Stichting Laka, documentatie- en onderzoekscentrum kernenergie, Amsterdam (NL)



Gemeinsame Pressemitteilung

Trotz Atomausstieg: Alte Uranfabrik in Gronau wird 40 / Initiativen fordern Aufhebung der Betriebsgenehmigungen

(Gronau, Bonn, Düsseldorf, 14.08.2025) Anlässlich des 40. Jahrestages der technischen Inbetriebnahme der Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau (NRW) fordern 15 Umweltverbände und Bürgerinitiativen (darunter der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), die Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW (LNU), der NABU NRW und der örtliche Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau) die sofortige Stilllegung der umstrittenen und bundesweit einzigartigen Atomfabrik. Die Anlage begann am 15. August 1985 mit der Produktion von angereichertem Uran, das die Grundlage für den Betrieb zahlreicher Atomkraftwerke in aller Welt ist. Die offizielle Einweihung erfolgte unter Protest im Juni 1986, wenige Wochen nach der Atomkatastrophe in Tschernobyl. Umstritten ist die Anlage auch, weil die in ihr genutzte Zentrifugentechnik auch zur Produktion von Uran für Atomwaffen genutzt werden kann. Aus diesem Grund wurden vor wenigen Wochen auch die Urananreicherungsstandorte im Iran, bei denen ebenfalls mit der Zentrifugentechnik gearbeitet wird, bombardiert. Die Anlage in Gronau ist weder gegen Flugzeugabstürze noch gegen militärische Angriffe gesichert. Gegen den Betrieb der Anlage richten sich immer wieder Protestaktionen.

Betrieben wird die Gronauer Urananreicherungsanlage vom Urenco-Konzern, der international tätig ist, und der u. a. auch die niederländische Schwesteranlage in Almelo, 30 Kilometer westlich von Gronau, betreibt. Der deutsche Zweig des Urenco-Konzerns ist jeweils zu 50% im Besitz der Energiekonzerne E.ON und RWE.

Atomausstieg in NRW konsequent umsetzen / Atommüllproblem

Trotz beschlossenen Atomausstieg wird seit 4 Jahrzehnten in Gronau angereichertes Uran für Atomkraftwerke produziert – bisher ohne Laufzeitbegrenzung. Das Gronauer BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz fordert „Die Landesregierung in Düsseldorf stellt die zuständige Atomaufsicht und muss gemeinsam mit der Bundesregierung den Atomausstieg konsequent umsetzen. Die Anlage in Gronau darf da nicht ausgeklammert werden.“

Beim Betrieb der Anlage fällt Atommüll an, der in großen Mengen unter dem freien Himmel neben der Anlage gelagert wird (Containerlager für abgereichertes Uranhexafluorid, UF₆) und für den es kein Endlager gibt. Abgereichertes Uranhexafluorid wurde auch in großen Mengen nach Russland und Frankreich exportiert. Neben der Gronauer Urananreicherungsanlage wurde zudem ein Hallenlager für rund 60.000 Tonnen Atommüll in Form von Uranoxid gebaut. Eingelagert wurde dort aber bisher noch nichts. Bereits atomrechtlich beantragt wurde zudem der Bau eines Hallenlagers neben der Urananreicherungsanlage, in dem alte und kontaminierte Uranzentrifugen gelagert werden sollen.

Gefahren der Urananreicherung, der Urantransporte und der atomwaffentauglichen Zentrifugentechnik

Wiederholt gab es in der UAA Gronau Störfälle und 2010 wurde ein Arbeiter in der Anlage verstrahlt. Der BBU, weitere Umweltverbände und Bürgerinitiativen wie der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau befürchten, dass der Anlagenbetrieb mit zunehmendem Alter der Anlage noch unsicherer wird.

Weitere Gefahren gehen von den zahlreichen Urantransporten mit LKW und Sonderzügen von und zur Anreicherungsanlage aus, die ganz NRW, aber auch weitere Bundesländer, durchqueren. Hilfs- und Rettungskräfte wie das THW oder örtliche Feuerwehren an den Transportstrecken werden im Vorfeld nicht über die gefährlichen Transporte informiert. Bei einem Transportunfall könnte es zu weitreichenden Verseuchungen kommen.

Auch aus den Reihen der Friedensbewegung wird immer wieder die Stilllegung der Gronauer Urananreicherungsanlage gefordert. Das Gronauer Werk könnte im Konfliktfall ein militärisch wichtiges Angriffsziel sein, denn die Zentrifugentechnik, die in der Anlage zum Einsatz kommt, kann auch zur Produktion von Uran für Atomwaffen genutzt werden. Aus diesem Grund wurden vor wenigen Wochen die Urananreicherungsstandorte im Iran bombardiert. Um auf die militärische Brisanz der Urananreicherung hinzuweisen, finden schon seit Jahren Ostermärsche zur Gronauer Urananreicherungsanlage statt.

Proteste seit den 70er Jahren bis heute ... und auch weiterhin

Schon vor dem Bau der UAA Gronau hat es in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts Proteste gegen die Anlage gegeben. Nach der Inbetriebnahme fanden ständig weitere Aktionen gegen die Gronauer Uranfabrik, gegen die Urantransporte

und gegen den vorgeschalteten Uranabbau, der in Kanada, Afrika und anderswo erfolgt, statt. Ein Höhepunkt der Proteste war 2011 ein Ostermarsch zur Urananreicherungsanlage, an dem sich etwa 15.000 Personen beteiligt haben.

Die örtliche Bürgerinitiative, der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, ist schon seit 1981 gegen jegliche Nutzung der Atomenergie aktiv und der grenzüberschreitende Protest im Dreiländereck von NRW, Niedersachsen und Niederlande reißt nicht ab. Immer wieder fanden und finden Demonstrationen und Blockaden von örtlichen und überörtlichen Initiativen statt, es gab Unterschriftenaktionen und immer wieder Mahnwachen gegen Urantransporte. Zentrale Forderung: Die zuständige NRW-Landesregierung soll die sofortige Aufhebung aller bisher für die UAA erteilten Betriebsgenehmigungen veranlassen. Dass das rechtlich möglich und machbar ist, wurde mehrfach mit Gutachten belegt.

<https://www.wn.de/muensterland/gutachten-sieht-keine-rechtlichen-hurden-fur-urengo-aus-1391557>

Wichtiges Element der dauerhaften Proteste in und um Gronau gegen die Urananreicherung und die damit verbundenen Urantransporte sind die monatlichen Sonntagsspaziergänge. Sie finden schon traditionell seit Ende 1986 regelmäßig am ersten Sonntag im Monat um 14 Uhr an der Urananreicherungsanlage statt. Nächster Termin: 7. September 2025 . Wenige Tage nach dem Antikriegstag (1. September) wird dann auch wieder an die Verknüpfung der so genannten zivilen Atomenergie und deren militärischer Nutzung erinnert.

Weitere Informationen:

<https://www.bbu-online.de>

<https://www.aku-gronau.de>

<https://www.westcastor.org>

<http://www.antiatomkoeln.de>

<https://www.antiatombonn.de>

<https://lnu-nrw.de>

<https://atomstadt-lingen.de/buendnis-agi-el>

<https://www.bi-ahaus.de>,

<https://www.ippnw-mv.info>

<https://nrw.nabu.de/index.html>

<https://sofa-ms.de>

<https://www.laka.org>